

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Heinz Bierbaum: Kein Politikwechsel im Saarland



Horst Kahrs: Nationalismus & globale Verteilung



R. Pond: Europäische Tarifpolitik – neue Koordinierung

R. Hinke: Neue Lohnkonflikte in Ostdeutschland

Forum
Gewerkschaften

Ursula Schumm-Garling: Solo-Selbständigkeit



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Die Zukunft Europas



60 Jahre nach Unterzeichnung der Gründungsverträge, die die Europäische Union auf den Weg brachten, steht Europa am Scheideweg. Die existenzielle Krise der EU wurde nicht zuletzt beim britischen Referendum für den Brexit deutlich. ...

Bündnis von Sozialdemokraten mit Rechtspopulisten?



Sind wir gerade Zeuge, wie ein Bündnis der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks mit der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei (Dansk Folkeparti, DF) entsteht? Und wenn ja, was bedeutet das für Europa? ...

Mehr als Aufbruchsstimmung



Mit der Kanzlerkandidatur von Martin Schulz haben die Sozialdemokraten in Deutschland eine beeindruckende Erholung ihrer Popularitätswerte erreicht. In den fünf Wochen seit der Nominierung zum Kanzlerkandidaten hat die SPD nach eigenen Angaben mehr als 10.000 neue Mitglieder registriert. ...

Vor-Wahlen

Heinz Bierbaum:
Die Wahlen im Saarland –
der Wechsel bleibt aus 2

Britain last, America first?

Hinrich Kuhls:
Renationalisierung und Desintegration
Zum Start der Brexit-Verhandlungen 4

Joachim Bischoff:
Donald Trump & die neue Weltordnung
Wird auf dem G20-Gipfel ein Währungs- und Wirtschaftskrieg eröffnet? 8

Rechtspopulisten unter Druck?

Horst Kahrs:
Neuer Nationalismus –
Verteidigungsstrategie in globalen Verteilungskämpfen 17

Joachim Bischoff/Bernhard Müller:
Für was steht die Alternative für Deutschland? 25

Bernhard Sander:
Frankreich wählt –
»Entdiabolisierter« Rechtspopulismus & »Projekt« Macron 34

Forum Gewerkschaften

Richard Pond:
Eine neue Art der Koordinierung 41

Otto König/Richard Detje:
Der Traum von Größe
Die Übernahme von Opel/Vauxhall durch PSA 44

Robert Hinke:
Gelegenheitsfenster für neue Lohnkonflikte
Befunde gewerkschaftlicher Revitalisierung in Ostdeutschland 48

Arbeit heute & morgen

Ursula Schumm-Garling:
Solo-Selbständigkeit –
Zukunft der Beschäftigung!? 55

Reform der Währungsunion?

Michael Wendl:
Mit der »Modern Money Theory« aus der Krise?
Zur Kritik von Günther Grunert und Walter Tobergte an Klaus Busch & Co. 61

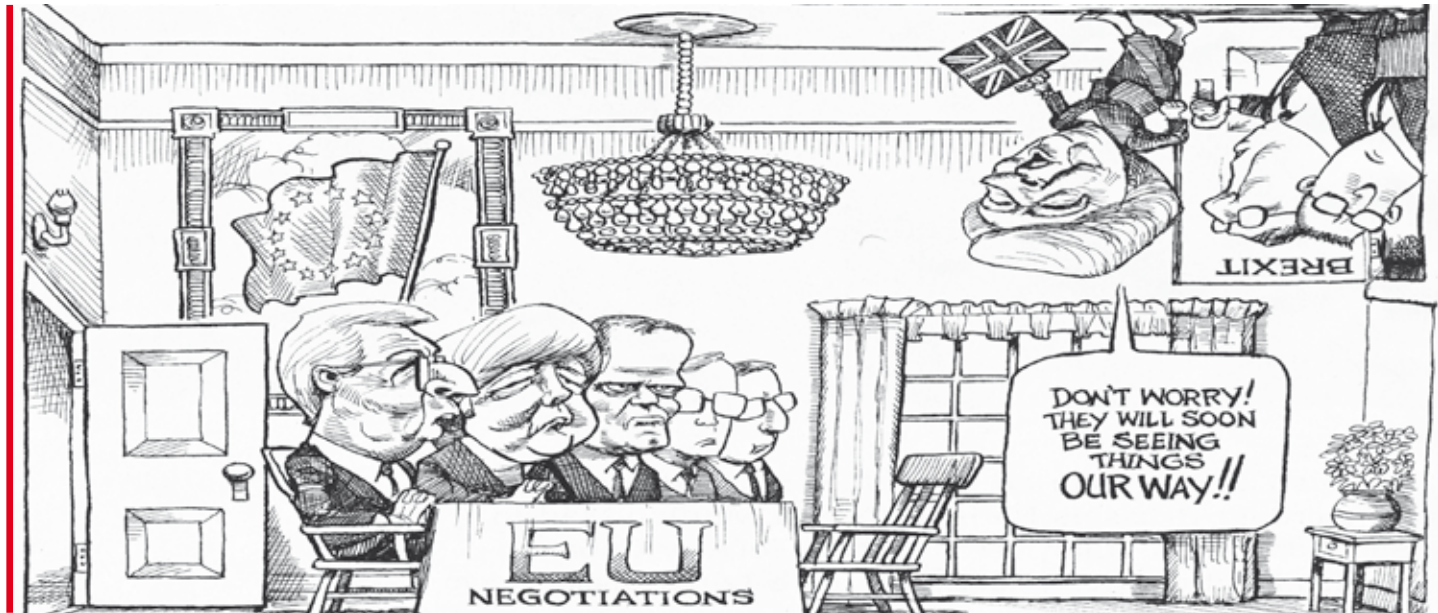
Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 43
Veranstaltungen & Tipps 64
Klaus Schneider: Zwischen den Jahren (Filmkritik) 65

Renationalisierung und Desintegration

Zum Start der Brexit-Verhandlungen

von | Hinrich Kuhls



Alles eine Frage der Perspektive (Karikatur: Economist)

Die britische Premierministerin Theresa May ist in einen Mehrfrontenkrieg verwickelt: Der jüngste Terroranschlag mit mehreren Toten und Verletzten in London unterstreicht die Berechtigung der Heraufsetzung der Terror-Warnstufe in Großbritannien auf die zweithöchste Stufe seit August 2016. Von einer Zurückdrängung des islamistisch geprägten Netzwerks in Großbritannien kann noch keine Rede sein. Das Gefahrenpotenzial von islamistischen Heimkehrern aus dem Kampf in Syrien oder dem Irak sowie deren Umfeld ist weiterhin hoch.

Neben dieser innenpolitischen Herausforderung muss die Tory-Regierung unter Führung von May innerhalb der gesetzten Frist von zwei Jahren die Austrittsverhandlungen mit der EU zu einem für ihr Land einigermaßen erfolgreichen Abschluss bringen. Gleichzeitig gilt es den erneuten Angriff der schottischen Unabhängigkeitsbewegung abzuwehren. Zudem muss ein Wie-

deraufleben des alten Bruderkampfes zwischen Pro- und Antieuropäern in der eigenen Partei verhindert werden.

Unmittelbar nach dem 60. Jahrestag der »Römischen Verträge« ist am 29. März in Brüssel beim Präsidenten des Europäischen Rats das Schreiben der britischen Regierung eingegangen, mit dem das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland sein Austrittsbegehren aus der EU mitteilt. Das politische Votum der Mehrheit der britischen Wählerinnen und Wähler aus dem EU-Referendum vom 23. Juni 2016 ist somit in einen ersten supranational verbindlichen Rechtsakt übersetzt worden. Premierministerin May hat ihren direkt nach ihrer Wahl im Juli 2016 angekündigten Zeitplan trotz heftiger juristischer und politischer Widerstände exakt eingehalten. Die EU-Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs, das 1973 der Europäischen Gemeinschaft beigetreten war, wird voraussichtlich Ende März 2019 enden, wenige Monate

vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament.

Wie schon bei den Europawahlen 2014 hatte sich im Ergebnis des EU-Referendums gezeigt, dass sich im letzten Jahrzehnt rechtspopulistische Positionen in der britischen Gesellschaft ausgeweitet und verstärkt haben. Gegenüber der Kampagne von Rechtspopulisten und Nationalkonservativen zum Austritt aus der EU waren sowohl die neoliberale und letztlich europaskeptisch konnotierte Argumentation für den Verbleib seitens eines David Cameron als auch die Pro-Europa-Position des »Bleibens und Erneuerns«, für die der Labour-Vorsitzende Jeremy Corbyn gestritten hatte, unterlegen.

Die Wiederherstellung der vollständigen nationalen Souveränität und die Kontrolle der Zuwanderung waren die beiden am häufigsten genannten Motive derer, die für das Verlassen der EU gestimmt hatten. Diese beiden Aspekte hatte Premierministerin May bei ihrer

frühen Festlegung der Haltelinien im Juli 2016 aufgegriffen, hinter die sie in den Verhandlungen zur Gestaltung der neuen bilateralen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU auf keinen Fall zurückgehen will: vollständige Entbindung aus allen EU-Verträgen, vollständige Abschottung gegenüber der Jurisdiktion des Europäischen Gerichtshofs und Wiederherstellung der vollständigen Kontrolle von Landesgrenzen und Zuwanderung.

Die Abkehr von der EU soll innenpolitisch durch eine Kursänderung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik und außenpolitisch durch eine Ausweitung des außereuropäischen Handels begleitet werden.

Der auf Druck des Rechtspopulismus eingeschlagene britische Weg der Renationalisierung birgt Unsicherheiten nicht nur für Großbritannien, sondern für die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung aller Staaten in Europa und ihrer supranationalen Organisationen. Für die zivilgesellschaftliche und politische Opposition sind die Herausforderungen enorm gewachsen, gegenüber nationalistischen Lösungswegen der Nationalkonservativen und Rechtspopulisten einen radikalreformerischen Entwicklungspfad zu verteidigen, der mit einer gesellschaftlichen Transformationsperspektive verbunden ist.

Zu Beginn des Jahres hatte die britische Premierministerin die Konturen des rechtskonservativen Wegs für das Vereinigte Königreich geschärft, mit dem das Land in Europa und in der globalisierten Welt neu positioniert werden soll. Ihr Plan für ein *Post-Brexit-Britain* ist von dem Widerspruch geprägt, Britanniens Position auf dem Weltmarkt zu stärken und zugleich den britischen Arbeitsmarkt national abzuschotten.

Die politische Neujahrsoffensive der Tory-Regierung wurde mit einer Reihe von Statements eingeleitet. Der Austritt aus Binnenmarkt und Zollunion sowie weitere Verhandlungsziele der Regierung für die Brexit-Verhandlungen umriss May in einem »12-Punkte-Plan«:

- Parlamentsbeteiligung bei der Übertragung des EU-Rechts in nationales Recht, jedoch keine Beteiligung an der Vorbereitung der Verhandlungen.

- Uneingeschränkte nationale Souveränität: »Wir werden die Kontrolle über unsere Gesetze zurückholen und die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs in Großbritannien beenden.«
- Stärkung der Union von England, Schottland, Wales und Nordirland.
- Sicherung des freien Reiseverkehrs zwischen Nordirland und Irland.
- Kontrolle der Einwanderung aus der EU.
- Abkommen mit der EU, um Rechte für EU-Bürger in Großbritannien und für Briten in der EU zu stärken.
- Provisorische Beibehaltung der Arbeitsgesetzgebung (Arbeitsschutz, Arbeitszeit etc.) auf Basis der EU-Standards.
- Zugang zum EU-Binnenmarkt nach Austritt aus ihm durch ein neues umfassendes Freihandelsabkommen UK-EU.
- Neue Handelsabkommen mit Nicht-EU-Staaten.
- EU-Abkommen in den Bereichen Innovation und Wissenschaft.
- Kooperation in der Kriminalitäts- und Terrorbekämpfung mit der EU.
- Ein geordneter Austritt aus der EU und ein Plan für die Zeit nach dem Austritt 2019, damit sich Firmen darauf vorbereiten können.

In Mays 12-Punkte-Plan sind faktisch drei Verhandlungskörbe enthalten: alle mit der Vertragsauflösung verbundenen Details, ein Freihandelsvertrag zwischen dem UK und der EU und ein Übergangsabkommen, mit dem technische Fragen des Austritts geregelt werden. Vor dem Hintergrund der Divergenzen in der Administration über einen harten oder abgefederten Brexit ist es nicht ausgeschlossen, dass im Zuge der Verhandlungen der von May in den Vordergrund gerückte klare Schnitt mit einer stärkeren Betonung der Neuregelung der Beziehungen des UK zur EU ergänzt wird.

In verschiedenen Stellungnahmen zur Krankenhaus- und Schulsituation rekurrierte May auf ihre Vision einer gerechten Gesellschaft, einer *shared society*, allerdings ohne die Kritik der anhaltenden Unterfinanzierung mit der Zusage einer Ausweitung der Sozial- und Bildungsausgaben zu beantworten.

Die außenpolitischen Ambitionen umriss sie in einer Rede auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos. Kernpunkte der neuen Tory-Industriepolitik, der *Modern Industrial Strategy*, gab sie am Rande einer Kabinettsitzung in Nordengland bekannt. Abgerundet wurden die Aktivitäten mit dem Besuch der Premierministerin beim neuen US-Präsidenten Trump Ende Januar.

Innenpolitische Zuspitzungen

Trotz dieser politischen Offensive wurde seit Jahresanfang deutlicher als zuvor, dass die mit dem EU-Austritt verknüpften innenpolitischen Probleme immens sind. Dass sie in einer tiefen Verfassungskrise kulminieren können, ist wahrscheinlicher geworden. Wie dünn das Eis des konstitutionellen Kompromisses in der britischen Union geworden ist, zeigen Regierungskrise und Neuwahlen in Nordirland und das Beharren der schottischen Regierung auf einer angemessenen Berücksichtigung des Pro-EU-Votums der schottischen Bevölkerung sowie der Ankündigung eines erneuten Referendums über die Unabhängigkeit Schottlands. Hinzu kommen die Rufe aus Wales nach stärkerer finanzieller Förderung, auf die ebenso aus dem Norden und Südwesten Englands, hier verbunden mit der Forderung teilautonomer Verwaltungsstrukturen, gedrängt wird, um so die extreme Benachteiligung gegenüber London und dem Südosten Englands zu begrenzen.

In *Nordirland* steht die auch von der EU garantierte Konstitution von 1998, mit der die Regierungsverantwortung den Parteien des britisch-protestantischen und des irisch-katholischen Bevölkerungsteils (stärkste Parteien sind derzeit DUP und Sinn Féin) gemeinsam übertragen wird, vor einer harten Bewährungsprobe. Wegen eines von der DUP zu verantwortenden Skandals bei der Förderung von Heizenergie (ca. 1. Mrd. Pfund Fördergelder hatten sich in Rauch aufgelöst) trat Anfang Januar

Hinrich Kuhls, Düsseldorf, arbeitet in der Sozialistischen Studiengruppe (SOST) mit. In *Sozialismus 1/2017* erschien von ihm: »Ein Königreich für ein Steckenpferd. Vor dem Beginn der Brexit-Verhandlungen.«

der stellvertretende Ministerpräsident Martin McGuinness (Sinn Féin) zurück und löste damit Neuwahlen aus. McGuinness, der Ende März verstorben ist, hatte in den 1970er Jahren als Paramilitär gekämpft und war später zentral am Aussöhnungsprozess beteiligt.

Die Neuwahlen brachten eine Stärkung der linksrepublikanischen Partei Sinn Féin. Selbst wenn es jetzt gelingen sollte, erneut eine gemeinsame Regierung zu bilden und damit die Einsetzung eines Hochkommissars der britischen Regierung zu verhindern, zeigt die heftige Regierungskrise, dass mit dem unterschiedlichen Stimmverhalten der nordirischen Bevölkerung beim EU-Referendum die Trennlinien wieder betont worden sind. In Sinn Féin, die auch im Parlament der Republik Irland mit einer starken Fraktion vertreten ist, werden die Stimmen lauter, ein Referendum darüber abzuhalten, ob die beiden politischen Gemeinwesen der irischen Inseln vereinigt werden sollen. Neu ist, dass diese Überlegungen auch in anderen irischen Parteien nicht von vornherein abgelehnt werden, sondern zunehmend Gehör finden.

In *Schottland* hat Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon die Initiative ergriffen für ein erneutes Referendum über die Unabhängigkeit Schottlands, also über die Auflösung der seit 1707 bestehenden Realunion des Königreichs Schottland mit dem Königreich England. Das schottische Parlament hat am 28. März beschlossen, das Referendum zwischen Herbst 2018 und Frühjahr 2019 abzuhalten. Faktisch läuft es darauf hinaus, dass mit diesem Referendum die SchottInnen nicht nur über die Unabhängigkeit entscheiden, sondern auch das Brexit-Verhandlungsergebnis der britischen Regierung bewerten werden.

Als Hauptgrund für ihre Initiative zur Renationalisierung benennt die Schottische Nationalpartei die Weigerung von May, entgegen ihrer früheren Ankündigung parallel zum Brexit-Einleitungsgesetz mit den drei teilautonomen Regierungen ein Abkommen zur Zusammenarbeit in Fragen der Austrittsverhandlungen zu schließen. So oder so: Im Zuge der Verhandlungen muss eine Lösung gefunden werden, wie die Ent-

scheidungen und Ergebnisse in jenen Bereichen rückgekoppelt werden, in denen den teilautonomen Regionen die Verantwortung übertragen worden ist. Beispiel Landwirtschaft: Alle EU-Regelungen werden hier von den Regionalparlamenten und Regionalregierungen umgesetzt. Im Falle eines harten Brexit ohne sofortiges Inkrafttreten eines Freihandelsvertrags werden auf Agrarexporte in die EU sofort Zölle von 25% und mehr erhoben. Die jetzigen EU-Subventionen von 30% bis 40% können nicht ersatzlos gestrichen werden. Die britische Regierung hat zwar angekündigt, sie bis 2020 zu übernehmen. Von einer kompletten Rückverlagerung der politischen und finanziellen Verantwortung für die Landwirtschaft nach Westminster hat die Regierung May aber bisher nicht gesprochen.

Der Verhandlungszeitplan

Der Europäische Rat (EU 27) wird am 29. April seine Verhandlungsrichtlinien verabschieden, mit denen Prioritäten und vor allem Struktur und zeitlicher Ablauf der Verhandlungen festgelegt werden. Entschieden ist bereits, dass die Europäische Kommission die Verhandlungen im Auftrag des Europäischen Rats führen wird, die von Michel Barnier als Vorsitzendem der Verhandlungskommission geleitet werden sollen. Das Mandat und die Direktiven für die ersten Verhandlungsrunden müssen im EU-Ministerrat von allen EU27-Staaten bestätigt werden. Die erste Runde der Verhandlungen zwischen Barnier und dem Brexit-Minister Davis wird für Anfang Juni erwartet.

Zeitgleich wird im britischen Unterhaus das Große Aufhebungsgesetz (Great Repeal Bill) eingebracht, mit dem das EU-Beitrittsgesetz von 1972 aufgehoben und zugleich EU-Recht »wo immer möglich« als nationales Recht übernommen werden soll. Als work-in-progress wird dieser Gesetzentwurf entsprechend dem Verhandlungsverlauf angepasst. Bisher ist vorgesehen, dass dieses Gesetz zeitnah zur Unterzeichnung des Austrittsvertrags vom britischen Parlament mit seinen beiden Kammern verabschiedet wird und damit – zusammen mit dem Votum zum

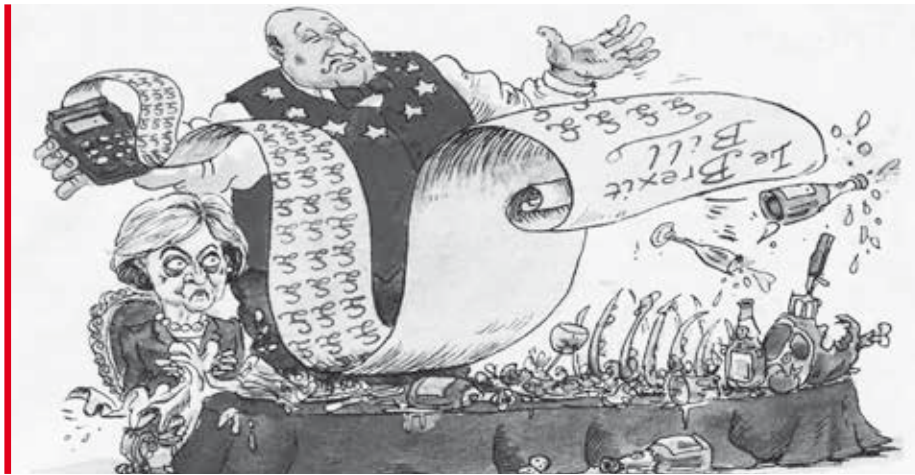
Austrittsvertrag – das Austrittsverfahren legislativ abgeschlossen ist. Daneben müssen ca. 15 umfangreiche und komplexe Politikfelder neu geregelt werden, darunter auch der gesamte Agrarbereich, ohne dass die britische Regierung die notwendige Neustrukturierung der Agrarpolitik auch nur im Ansatz öffentlich skizziert hätte.

Sofern sich nicht beide Verhandlungspartner auf eine Verlängerung der Verhandlungen verständigen, müssen sie im Oktober 2018 abgeschlossen sein, um den Ratifizierungsprozess innerhalb der vorgeschriebenen Zweijahresfrist nicht zu gefährden. Und sollte nicht zügig klar sein, ob und wie ein Übergangsabkommen vereinbart werden soll, wird die enorm gestiegene Unsicherheit in allen Wirtschaftsbranchen in Unternehmensentscheidungen umschlagen, die einen ungeordneten Austritt unterstellen müssen. Der (Teil-)Exodus außenwirtschaftlich orientierter Unternehmen würde früh beginnen.

Ungeordneter Brexit

Die Ausgangspositionen beider Seiten deuten in der Tat auf einen ungeordneten Austritt hin. Aus EU-Sicht sollen, bevor Verhandlungen über künftige Handelsbeziehungen eröffnet werden, zunächst alle Scheidungsfragen abschließend behandelt werden. Dazu gehören die Ablösung der Netto-Verbindlichkeiten aus dem EU-Haushalt in Höhe von ca. 60 Mrd. Euro, denen die britische Seite Einlagen und Zinsgewinne in Höhe von etwa 10 Mrd. Euro bei der Europäischen Investitionsbank gegenüberstellen kann. Als unabdingbare Kondition für neue Handelsverträge wird die Personenfreizügigkeit benannt.

Die britische Regierung setzt hingegen darauf, alle Elemente des Brexits, also Austritt und neues Handelsabkommen, zeitgleich zu verhandeln. Um die Grenzen wieder zu kontrollieren und um »fremde Richter« loszuwerden, nimmt das Land auch in Kauf, sich von einer Mitgliedschaft im EU-Binnenmarkt zu verabschieden. Ebenso lehnt London eine Zollunion ab, die es verhindern würde, eine eigenständige Außenhandelspolitik zu betreiben. Gleichzei-



ihren Sitz in Europa, Asien oder den USA. Kann in diesem Zusammenhang ein Kompromiss gefunden werden für die Personenfreizügigkeit ab 2019, wäre der harte Brexit in der Vision Mays bei allen ökonomischen, sozialen und rechtlichen Problemen und Verwerfungen ein nicht unwahrscheinliches Verhandlungsergebnis zwischen einer national-konservativen britischen Regierung und einer EU, deren Kommission und Rat weiterhin neoliberal dominiert sind.

Sanfter Brexit

Der Faktor Zeit wird bei diesen Verhandlungen mit entscheidend sein. Einmal deshalb, weil erst nach Bundestagswahl und Regierungsbildung der Kurs der Verhandlungen definitiv bestimmt wird und damit faktisch nur ein Jahr für die Verhandlungen im vorgegebenen Zeitraum verbleibt. Zweitens muss frühzeitig Anfang 2018 entschieden werden, ob und wie der Austritt durch ein Übergangsabkommen flankiert werden kann, um so die ökonomischen und sozialen Friktionen weitgehend begrenzen zu können und Zeit zu gewinnen für die Lösung innenpolitischer Probleme im UK.

Die britische Regierung hat bei der bisherigen Debatte über die Gestaltung des Austritts und der Vorbereitung der Verhandlungen mehr auf aggressiv vortragene taktische Manöver als auf inhaltliche Festlegungen gesetzt. Daher ist davon auszugehen, dass sie während des Verhandlungsprozesses die Divergenzen zwischen den verbleibenden EU-Mitgliedstaaten auszunutzen und sie auseinanderzuidividieren versucht. Komplementär zur desintegrativen Entwicklung im Vereinigten Königreich steht der Integrationsverlust einer Europäischen Union der »unterschiedlichen Geschwindigkeiten«. Ob der Europäische Rat die Kraft findet, einen sanften Brexit durchzusetzen, bleibt ungewiss. Die politische und zivilgesellschaftliche Linke, die mit dem Brexit-Votum eine harte und weitreichende Niederlage erlitten hat, hat zurzeit nur wenige Hebel und Ressourcen, diesen Weg eines »sanften« Brexit zu unterstützen – sowohl in der Europäischen Union als auch im Vereinigten Königreich.

tig sollen Freihandels- und Zollverträge mit der EU abgeschlossen werden, die sich so nahe wie möglich einer Binnenmarkt-Mitgliedschaft annähern: ökonomische, aber keine politische Integration. Zudem propagiert May die Vision eines Globalbritanniens, das wie schon früher die Speerspitze des internationalen Freihandels sein soll. Unverhandelbar sind aus ihrer Sicht das eigene Grenzregime gegenüber EU-Bürgern, die Beendigung der EuGH-Rechtsprechung und der EU-Jurisdiktion für das UK und die volle Souveränität bei neuen Handelsabkommen mit Drittländern.

Mit dem Fortgang der Verhandlungen werden die Kosten wohl stärker in das Blickfeld der Öffentlichkeit rücken. Großbritanniens Schuldenberg wird in den nächsten fünf Jahren um mehr als 120 Mrd. Pfund anwachsen. Dabei stehen knapp 60 Mrd. Pfund im Zusammenhang mit dem EU-Referendum. Die wichtigsten Faktoren sind eine schwächere Konjunktur, eine geringere Produktivität und eine niedrigere Zuwanderung als Folge des Brexit. Langfristig leidet darunter das sogenannte Potenzialwachstum des Landes. Die Denkfabrik Centre for European Reform taxierte, dass die britische Wirtschaft im Jahr 2030 außerhalb der EU um 3,2% kleiner sein wird, als sie es innerhalb wäre.

Harter Brexit

Schon der erste Rettungsring, der von May favorisierte harte Brexit, stellt hohe Anforderungen an die Kompromissfähigkeit beider Seiten. Eine zeitglei-

che Kompensation des britischen Austritts aus der Wirtschafts- und Zollunion durch ein Freihandelsabkommen UK-EU unterstellt die Lösung der Migrationsfrage. Unabhängig davon, wie die Personenbewegungen zwischen dem UK und der EU nach 2019 geregelt werden, muss eine Lösung für die 3,5 Millionen EU-BürgerInnen im UK und für die 1,5 Millionen britischen Residenten in der EU gefunden werden. Bestands-wahrung bedeutet hier nicht nur Anerkennung der erworbenen Sozialansprüche, sondern auch Freizügigkeit und Fortbestand der EU-Jurisdiktion für diesen Personenkreis. Ohne Vorabklärung dieser Frage stehen alle weiteren Verhandlungsergebnisse auf tönernen Füßen. Angesichts der Tatsache, dass sich britische Behörden seit Juni 2016 bei der Klärung von Residenzfragen äußerst restriktiv verhalten haben, steht die britische Regierung (und die Tories insgesamt) vor einer anspruchsvollen Aufgabe. Sie muss nicht nur für ein einwandfreies Verwaltungshandeln gegenüber EU-Ausländern sorgen, sondern auch die europafeindlichen Teile ihrer Wählerschaft davon überzeugen, dass ohne gegenseitige Anerkennung der Rechtsansprüche dieser fünf Millionen europäischen BürgerInnen ein neuer Deal kaum erreicht werden kann.

Neben einem Freihandelsabkommen für Waren und nichtfinanzielle Dienstleistungen wird die britische Seite vor allem auf einen weiterhin bevorzugten Zugang der Finanzinstitutionen der Londoner City zum europäischen Markt bedacht sein. Die Eigentümer der meisten dieser Finanzunternehmen haben

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie Wer rettet Mandel Urban
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie Wer rettet Mandel Urban
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____
(3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

